



Beschlussbuch

Juso-Bezirkskonferenz
27. Februar 2016
Erlangen



Organisatorisches	3
Verpflegung, Fahrtkostenerstattung	3
Uhrzeit, Tagungsort, Anreise.....	3
Tagesordnung.....	4
Richtlinien für die Jusos – Bezirksarbeitsgemeinschaft Mittelfranken	6
Vorschlag für eine Geschäftsordnung.....	10
Arbeitsprogramm 2016/2017	11
Anträge	19
A1 Einführung eines „Lebensarbeitszeit-Kontos“	19
A2 Eine gerechte Flüchtlingspolitik.....	20
A3 Besser auf die Bedürfnisse von geflüchteten Frauen eingehen!	23
A4 Die Integration der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen verlangt nach neuen politischen Rahmenbedingungen und einem umfassenden Ansatz	25
A5 Frieden schaffen ohne Waffen – auch in Syrien!	30
A6 Sexuelle Belästigung unter Strafe stellen	32
A7 Keine Doppelmoral bei Handelsabkommen – nicht nur TTIP sondern auch EPAs überdenken! Die EU darf nicht zu wirtschaftlichen Fluchtgründen beitragen!.....	34
A9 Novellierung des HeilprG (HeilpraktikerInnengesetz)	36

Organisatorisches

Verpflegung, Fahrtkostenerstattung

Die Kosten für die Verpflegung der Delegierten und Gäste werden vom Juso-Bezirksverband übernommen. Fahrtkosten werden vom Jusos-Bezirksverband erstattet (bis DB: 2. Klasse bzw. VGN; PKW: 0,15 €/km, 0,05 €/km für weitere Mitfahrer*innen).

Uhrzeit, Tagungsort, Anreise

Beginn: 10:00 Uhr

Ort: Erlangen – IG Metall Gewerkschaftshaus

Friedrichstr. 7

91054 Erlangen

Anreise: Ihr könnt mit der Bahn bis Erlangen Hauptbahnhof fahren. Wählt den Vorderausgang des Hauptbahnhofs. Geht in die Calvinstraße bis zum Hugentottenplatz. Am Thalia geht es rechts in die Hauptstraße. Biegt die nächste Straße links in die Friedrichstraße. Geht ca. 50 Meter weiter und ihr erreicht das Gewerkschaftshaus der IG Metall.

Parkplätze: Empfehlenswert ist der Großparkplatz am Bahnhof. Nur mit sehr viel Glück könnt ihr einen Platzplatz vor dem Gewerkschaftshaus finden.

Tagesordnung

1. Konstituierung
 - 1.1. Wahl des Präsidiums
 - 1.2. Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
 - 1.3. Beschluss über die Tagesordnung
 - 1.4. Beschluss über die Geschäftsordnung
2. Grußworte
3. Rechenschafts-, Gleichstellungs-, und Finanzbericht
 - 3.1. Vorstellung des Rechenschaftsberichts
 - 3.2. Aussprache
 - 3.3. Vorstellung des Gleichstellungsberichts
 - 3.4. Aussprache
 - 3.5. Vorstellung des Finanzberichts
 - 3.6. Aussprache
4. Entlastung des Vorstands
5. Referat
 - 5.1. Aussprache
6. Mittagessen
7. Arbeitsprogramm 2016/17
8. Wahlen und Nominierungen
 - 8.1. Wahl des/der Bezirksvorsitzenden
 - 8.2. Wahl der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden
 - 8.3. Festlegung der Zahl der Beisitzer*innen im Bezirksvorstand
 - 8.4. Wahl der Beisitzer*innen im Bezirksvorstand
 - 8.5. Nominierung für den Juso-Landesvorstand
 - 8.6. Wahl der Delegierten und der Ersatzdelegierten zur Juso-Landeskonferenz
 - 8.7. Nominierung für die Delegierten zum Juso-Bundeskongress
 - 8.8. Nominierung für den SPD Bezirksvorstand
9. Verabschiedung der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder
10. Antragberatung
11. Schlusswort des/der Bezirksvorsitzenden
12. Singen der Internationalen

13. Ende der Konferenz

Richtlinien für die Jusos – Bezirksarbeitsgemeinschaft Mittelfranken

I. Grundsätze

- A) Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne des Organisationsstatuts der SPD.
- B) Die Tätigkeit der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist Teil der Parteiarbeit. Organisatorische Grundlage sind die Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD.

II. Aufgaben

Die Arbeitsgemeinschaft der Jusos hat insbesondere folgende Aufgaben:

- innerhalb der Jugend für den demokratischen Sozialismus zu wirken;
- die Arbeit der SPD auf allen Gebieten im Sinne des Programms der Partei zu unterstützen;
- politische Aufklärung besonders unter den Jungwählerinnen und Jungwählern zu betreiben;
- politische Schulungs-, Bildungs- und Informationsarbeit und Kampagnen durchzuführen;
- durch Kontakte mit anderen Jugendverbänden auf nationaler und internationaler Ebene zur Solidarität zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten und Kulturen beizutragen;
- auf die Gleichstellung von Männern und Frauen hinzuwirken.

III. Organe der Jusos auf Bezirksverbandsebene

- A) Organe der Jusos auf Bezirksverbandsebene sind die Bezirkskonferenz und der Bezirksvorstand.
- B) 1. Die Bezirkskonferenz hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - Kontrolle der Arbeit des Juso-Bezirksvorstands;
 - Beratung über den Gleichstellungsbericht;
 - Beschlussfassung über gestellte Anträge;

- Wahl des Juso-Bezirksvorstands;
- Vorschlagswahl der Juso-Vertretung im SPD-Vorstand;
- Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Juso-Landeskonferenz; bei den Delegierten sind alle Unterbezirke sowie deren Vorschläge zu berücksichtigen;
- Nominierung von Vorschlägen für die Delegierten und Ersatzdelegierten zum Juso-Bundeskongress
- Nominierung von Vorschlägen für die Delegierten und Ersatzdelegierten zum erweiterten Bundesausschuss

Sie setzt sich zusammen aus:

- 40 von den Unterbezirkskonferenzen gewählten Delegierten. Jeder Unterbezirk erhält 2 Grundmandate, die Restlichen verteilen sich nach dem Verfahren Hare-Niemeyer nach der Zahl der Jusomitglieder (d.h. alle SPD-Mitglieder, die jünger als 35 sind und alle sonstigen Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Jusos) der Unterbezirke. Zugrunde liegt die Mitgliederzahl des letzten Quartals vor der Einberufung. Bei gleicher Anzahl werden Überhangmandate gebildet.
- dem/der Vorsitzenden und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Bezirksarbeitsgemeinschaft zu Beginn der Bezirkskonferenz. Mit beratender Stimme nehmen an der Bezirkskonferenz teil:
 - die Beisitzer im Bezirksvorstand
 - die beratende Mitglieder des Bezirksvorstands

Die Bezirkskonferenz findet jährlich statt. Sie wird vom Juso-Bezirksvorstand unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung und der auf die Unterbezirke entfallenden Delegiertenzahlen spätestens 6 Wochen vorher einberufen. Der Antragsschluss wird vom Bezirksvorstand festgelegt. Der Bezirksvorstand legt jeder ordentlichen Bezirkskonferenz schriftlich einen politischen und organisatorischen Rechenschaftsbericht vor.

Auf Beschluss von 2/3 der Mitglieder des Bezirksvorstandes oder auf Antrag von drei Unterbezirken findet eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt.

Fachkonferenzen können mit halbem Delegiertenschlüssel einberufen werden.

- C) 1. Der Bezirksvorstand führt die Beschlüsse der Bezirkskonferenz aus. Er erledigt die laufenden Geschäfte und vertritt die Bezirksarbeitsgemeinschaft in der Öffentlichkeit. Der Bezirksvorstand setzt sich zusammen aus

- Der Vorsitzenden (Sprecherin) oder dem Vorsitzenden (Sprecher)
- Zwei stellvertretenden Vorsitzenden
- Einer von der Bezirkskonferenz festgelegten Anzahl von gleichberechtigten Beisitzer*innen

Der Bezirksvorstand ist spätestens nach 14 Monaten neu zu wählen, wobei möglichst alle Unterbezirke beachtet werden sollen. Unterbezirke, die keine gewählte Vertreter*in im Vorstand haben, dürfen ein beratendes Mitglied in den Vorstand entsenden. Scheidet ein Vorstandsmitglied vorzeitig aus, kann der Bezirksvorstand frei werdende Aufgabenbereiche einer kommissarischen Vertreterin oder einem kommissarischen Vertreter zuweisen.

An den Sitzungen nehmen mit beratender Stimme die von den Jusos Mittelfranken nominierten Mitglieder des Bezirksverbands im Bezirks-, Landes- und Bundesvorstand der Jusos bzw. SPD teil, wenn sie jünger als 35 sind.

IV. Wahlen, Gleichstellung

- A) Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD. Bei allen Wahlen ist im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit notwendig. Die Wahl von Delegierten und Ersatzdelegierten erfolgt im gleichen Wahlgang; Ersatzdelegierte sind alle Kandidatinnen und Kandidaten, die nicht zu Delegierten gewählt wurden und im ersten Wahlgang mindestens eine Stimme erhalten haben. Ersatzdelegierte rücken unter Beachtung der Quotierung der Delegation in der absteigenden Reihenfolge des Wahlergebnisses des ersten Wahlganges nach.
- B) Die Beratung der Bezirkskonferenz erfolgt nach dem Prinzip der quotierten Redeliste. Hierbei erhalten Männer und Frauen jeweils abwechselnd und in der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, so ist die Debatte beendet, wenn seit Beginn oder seit der letzten Fortführung der Debatte wenigstens drei Redebeiträge erfolgten. Auf Antrag kann die Debatte fortgeführt werden. Wird Gegenrede gegen einen Antrag auf Fortführung der Debatte erhoben, sind bei der Abstimmung über den Antrag auf Fortführung der Debatte nur Frauen stimmberechtigt, wenn seit Beginn oder letzter Fortführung der Debatte keine Frau zur Sache gesprochen hat. Werden mehrere Gegenreden erhoben, hat die Gegenrede einer Frau Vorrang. Zwischen Gegenrede und Abstimmung sind Wortmeldungen nicht zulässig.
- C) Anträge können auf Bezirkskonferenzen nur befasst werden, wenn sie in ihrer Sprache geschlechtergerecht formuliert sind. Über das Vorliegen eines nicht geschlechtergerecht formulierten Antrags befindet vor der Bezirkskonferenz der Bezirksvorstand, auf der Konferenz selbst das Tagespräsidium. Der antragstellenden Gliederung ist es zu ermöglichen, ihren Antrag so umzuarbeiten, dass er den Kriterien einer geschlechtergerechten Sprache entspricht. Im Vorfeld einer Bezirkskonferenz wird der Bezirksvorstand die antragstellende Gliederung über die Notwendigkeit einer geschlechtergerechten Umformulierung ihres Antrages informieren, dieser bleibt dann Zeit bis zur Konferenz, dieser Änderung nachzukommen. Während einer laufenden

Bezirkskonferenz (bei Änderungs- und Initiativanträgen) wird den antragstellenden Gliederungen durch Festlegung einer Frist durch das Tagespräsidium die Möglichkeit zur Einreichung einer geschlechtergerechten Antragsfassung ermöglicht. Bis zum Ablauf dieser Frist muss der Antrag dann in einer entsprechend formulierten Fassung vorliegen. Alle Anträge,

die nicht in einer geschlechtergerechten Sprache abgefasst sind und auch nicht nachgebessert werden, werden automatisch nicht befasst.

- D) Mindestens 40% der Mitglieder aller Vorstände und Delegationen müssen Frauen sein; anzustreben sind 50%. Bei den Zahlen der mindestens zu wählenden Frauen ist – außer bei den Gesamtzahlen 1 und 3 – aufzurunden. In nicht quotierten Delegationen haben überzählige Männer nur beratendes Stimmrecht.
- E) Alle Vorstände beraten mindestens einmal jährlich auf einer öffentlichen Sitzung über die Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau in Ihrem Verantwortungsbereich. Der Bezirksvorstand legt jeder ordentlichen Bezirkskonferenz einen Gleichstellungsbericht vor.

Vorschlag für eine Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigt sind alle gewählten Delegierten und die/der Vorsitzende und ihre/seine Stellvertreter*innen. Die mittelfränkischen Mitglieder des Landesvorstandes, des Bundesvorstandes oder Bundesausschusses sowie die Delegierten zur kleinen Landeskonferenz nehmen mit beratender -Stimme und Antragsrecht teil.
2. Die Konferenz ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten TeilnehmerInnen der Konferenz anwesend ist.
3. Wahlen erfolgen durch geheime Abstimmung entsprechend der Wahlordnung der SPD und den Richtlinien der Juso-Bezirksarbeitsgemeinschaft. Kandidat*innenvorschläge für die Wahlen sind schriftlich beim Präsidium einzureichen.
4. Beschlüsse der Bezirkskonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit die Arbeitsrichtlinien nichts anderes vorschreiben.
5. Abänderungsanträge und Initiativanträge sind schriftlich beim Präsidium einzureichen. Initiativanträge werden nur behandelt, wenn sie von mindestens 6 Delegierten aus zwei Unterbezirken unterstützt werden. Ende der Einreichungsfrist für Initiativanträge ist Samstag, der 27.02.2016, 13:00 Uhr.
6. Verfahrensanträge (z. B. Überweisung als Material, keine Beschlussfassung) sind nach dem Abschluss der Debatte vor den Einzelabstimmungen zu behandeln, sofern sie nicht ausdrücklich als GO-Antrag auf Nichtbefassung gestellt werden.
7. Persönliche Bemerkungen sind nur nach Beendigung der Abstimmung (zu dem jeweiligen Punkt) zulässig.
8. Bei Geschäftsordnungsanträgen kann je ein*E Redner*in für und gegen den Antrag sprechen. Die Redezeit ist auf zwei Minuten beschränkt. Anträge auf Schluss der Debatte dürfen nur von Delegierten gestellt werden, die sich an der Debatte nicht beteiligt haben. Vor der Abstimmung ist die Redeliste zu verlesen. Weitere Meldungen für die Redeliste werden erst nach der Abstimmung entgegengenommen.
9. Auf der Bezirkskonferenz haben alle Jungsozialist*innen und geladenen Gäste Rederecht. Wortmeldungen sind beim Präsidium schriftlich einzureichen. Die Redezeit beträgt 5 Minuten.
10. Die Redner*innen erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldung das Wort, sofern hierdurch den Erfordernissen der quotierten Redeliste Rechnung getragen wird. Den Mitgliedern des Vorstandes ist während der Aussprache über ihre Berichte auf Verlangen außer der Reihe das Wort zu erteilen. Sie sind an die Redezeit gebunden.
11. Die Beratung der Bezirkskonferenz erfolgt nach dem Prinzip der quotierten Redeliste gemäß IV.B. der Richtlinien.
12. Im Konferenzraum herrscht Rauchverbot.

1 Arbeitsprogramm 2016/2017

2

3 Für uns Jusos stehen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität an oberster Stelle. Leider ist davon
4 in der heutigen Zeit nicht viel erkennbar. In der großen Koalition wurden anfangs sozialdemo-
5 kratische Forderungen, beispielsweise der Mindestlohn, durchgesetzt. Jedoch sind bei diesem
6 noch einige Lücken vorhanden, beispielsweise bei jungen Menschen und Langzeitarbeitslosen.
7 Dies ist klar ungerecht. Zudem geht Andrea Nahles nun auf die Unternehmen zu, anstatt sich
8 auf die Seite der Arbeitnehmer*innen zu stellen.

9 Die Einführung der Vorratsdatenspeicherung war ein Eingriff in unsere persönliche Freiheit. Die
10 SPD hat dies sogar vorangetrieben, aufgrund der Beschlusslage auf dem Bundesparteitag. Wir
11 Jusos hatten uns klar dagegen positioniert.

12 Solidarität und Gerechtigkeit gehen auch in der aktuellen Flüchtlingsdebatte mehr und mehr
13 unter. Zu uns kommen Menschen, die aus Angst vor Hunger und Krieg ihre Heimat verlassen
14 haben, um bei uns Schutz zu suchen. Auf der einen Seite engagieren sich erfreulicherweise
15 viele Ehrenamtliche für Flüchtlinge und heißen diese Menschen willkommen, andererseits rückt
16 Deutschland insgesamt mehr und mehr nach rechts. Tagtäglich gibt es Übergriffe auf Flüchtlin-
17 ge und Anschläge auf Flüchtlingsheime. Pegida und AfD sind die neue Heimat für Rechtsext-
18 remist*innen geworden, die in der Offenheit agieren. Sie vergiften mehr und mehr die politi-
19 sche Debatte. Doch auch die CSU hat für den Rechtsruck eine Verantwortung. „Es darf keine
20 rechte Partei neben der CSU geben“ – durch diesen Spruch will die CSU weiter rechtspopulis-
21 tisch ihren rechten Rand abdecken. Doch dadurch macht sie die AfD noch stärker. In diesem
22 Jahr sind die Anschläge mit rechtsextremem Hintergrund drastisch angestiegen, doch viele
23 Straftaten werden kaum aufgeklärt. Der Staat ist zunehmend auf dem rechten Auge blind. Das
24 zeigt auch nun das aktuelle Beispiel in Clausnitz in Sachsen.

25 Wir vermissen die klare Haltung der SPD in der Regierung, sich gegen Rechtspopulist*innen
26 und Rechtsextremist*innen einzusetzen. Stattdessen werden die langerkämpften Geldleistungen
27 durch die große Koalition wieder durch Sachleistungen ersetzt. Transitzone und Einreisezen-
28 tren unterscheiden sich nur sprachlich, aber nicht im Umgang mit den Menschen. Zunehmend
29 werden mehr Kompromisse in der Regierung gemacht, zum Leidwesen der Geflüchteten. Die
30 Haltung in der SPD zur außenpolitischen Debatte ist ebenfalls fraglich. Es werden immer noch
31 viele Waffen an Saudi-Arabien exportiert. Die Regierung hat für den Syrieneinsatz gestimmt –
32 also für einen Krieg.

33 Der Terror durch den IS ist eine schwere internationale Krise. Diese darf jedoch nicht zur Ab-
34 schottung der EU führen. Europa muss weiter solidarisch mit den Flüchtenden sein. Doch statt-
35 dessen werden Außengrenzen dicht gemacht, nämlich mit Stachelzäunen, bewacht von
36 Frontex. Die EU sieht weiter zu, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, statt den Menschen zu
37 helfen. Es muss endlich sichere Fluchtwege geben!

1 Die SPD muss endlich wieder eine linke Politik betreiben, sich für eine solidarische EU einsetzen.
2 Wir Jusos werden uns weiter dafür einsetzen, unsere linken Positionen und unsere
3 Grundwerte „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ in die SPD einzubringen. Wer an der Idee
4 der politischen Mitte festhält, soll sich nicht wundern, dass die SPD weiter abstürzt. Die SPD
5 braucht wieder Mut, linke Politik umzusetzen, sich gegen Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen in Deutschland, aber auch in der EU einzusetzen.
6

7

8 **Struktur der Vorstandsarbeit**

9 Die Zusammenarbeit des gesamten Vorstandes soll über flache Hierarchien realisiert werden,
10 so dass sich der Vorstand als Team ansieht. Ziel ist es, alle Vorstandsmitglieder für die Vorstandsarbeit zu begeistern und mitzunehmen. Jede*r soll die Möglichkeit haben, sich in allen
11 Projekten mit ein zu bringen. Auch Nicht-Vorstandsmitglieder können sich gerne weiterhin im
12 Vorstand aktiv engagieren. Der Vorstand kann weiterhin Kooptierungen vornehmen, wenn
13 Nicht-Vorstandsmitglieder den Vorstand sinnvoll unterstützen.
14

15 Die Unterbezirksvorsitzenden dürfen jederzeit beratend im Bezirksvorstand teilnehmen. Sie
16 sind herzlich dazu eingeladen. Weiterhin wird versucht, alle aktiven Unterbezirke in den neuen
17 Bezirksvorstand zu integrieren. Unterbezirke, die nicht aktiv sind, gilt es zu reaktivieren.

18 Die Arbeitslast unter den Vorstandsmitgliedern soll durch eine Optimierung der Vorstandsprozesse
19 besser verteilt werden. Für die Vorstandsarbeit sollen entsprechende Tools eingeführt
20 werden, um

- 21 - die Terminfindung zu verbessern und alle zum Mitmachen zu animieren (bspw. Doodle)
- 22 - Termine besser zu koordinieren (bspw. Bezirksterminkalender)
- 23 - Projekte und Seminare besser zu koordinieren (z.B. Etherpad, wer ist für was, wann
24 zuständig); Dies soll ebenfalls die Transparenz für jeden erhöhen.
- 25 - Standardabläufe flüssiger zu gestalten (z.B. einfache Checklisten)

26 Diese Tools dienen dazu, vieles zu vereinfachen, sodass nicht jeder Vorstand das Rad neu
27 erfinden muss. Sie dienen auch der Nachhaltigkeit der Vorstandsarbeit und werden langfristig
28 weiterentwickelt, um den nachfolgenden Generationen die Vorstandsarbeit zu erleichtern, so
29 dass auch neuere Mitglieder in die Vorstandsarbeit reinschnuppern können.

30 Termine können, wie gewünscht, langfristig angesetzt werden. Diese sollen dann mit Terminen
31 der Landesebene und Unterbezirksebene abgestimmt werden, um jede Person eine aktive Teilnahme
32 zu ermöglichen.

33

34 **Projektzuständigkeiten**

35 Alle Jusos in Mittelfranken sind herzlichst eingeladen an Juso-Aktivitäten teilzunehmen. Wir
36 begrüßen und unterstützen dies. Jusos aus dem gesamten Bezirk können auch an Einzelprojekten
37 des Bezirks mitarbeiten und sich an der Organisation beteiligen. Dies soll der einfa-

1 cheren Beteiligung der Jusos dienen. Ebenso unterstützt der Bezirk Projekte von Untergliede-
2 rungen.

3

4 **Gründung und Unterstützung einzelner AGs**

5 Das langfristige Ziel des Bezirkes Mittelfranken ist die Reaktivierung aller Unterbezirke in Mit-
6 telfranken. Die Kampagne des Juso-Landesverbandes unterstützen wir weiter, um Neumitglie-
7 der zu gewinnen, Neugründungen von Juso AGs zu motivieren und unseren Verband zu stär-
8 ken.

9 Die Strukturkonferenz kann unserem Bezirk Mittelfranken wichtige Eindrücke geben, um Neu-
10 gründungen weiter zu forcieren. Zusätzlich könnte eine Karte Mittelfrankens, in der aktive Juso-
11 AGs gekennzeichnet sind, uns helfen Lücken zu identifizieren und zu schließen.

12 Die Einbindung der Kreisverbände kann durch einen Kreis-AG-Tag geschehen, um Schwierig-
13 keiten der Regionen anzusprechen und Problemlösungen zu finden. Kreisverbände, die nur
14 lückenhaft abgedeckt sind, bzw. personell schwach aufgestellt sind, sollen Hilfe durch die un-
15 terstützende Rolle des Bezirksverbandes erhalten.

16 Gut laufende Unterbezirke dürfen jedoch auch nicht vernachlässigt werden. Der stetige Kontakt
17 ist somit unabdingbar.

18 Juso-Untergliederungen können für Veranstaltungen über die Jusos Mittelfranken werben (Face-
19 book und Emailverteiler), um noch mehr Reichweite für Ihre Aktivitäten zu generieren.

20 Weiterhin begrüßen wir Neuanwerbungen an Jusos durch Jusos.

21

22 **Anbindung an den Landesvorstand**

23 Die Anbindung an den Juso-Landesvorstand bleibt bestehen und soll weiter gefestigt sein. Die
24 mittelfränkischen Positionen und Interessen werden weiterhin in den Landesvorstand einge-
25 bracht. Es gilt die Stellung der Jusos Mittelfranken innerhalb des Landesverbandes weiter aus-
26 zubauen. Dies soll vor allem gelingen durch die aktive und solide Mitarbeit im Landesvorstand,
27 sowie die breit gestreute Mitarbeit in Kommissionen, Arbeitsgruppen auf Landesebene, in Bil-
28 dungsarbeit, Unterstützung der Juso-Landeskampagne und anderen Projekten im Landesver-
29 band.

30 Mit Genehmigung des gewählten Bezirksvorstandes sollen auch in Zukunft die gewählten Mit-
31 glieder des Juso-Landesvorstandes aus Mittelfranken zur Wahrnehmung dieser Aufgaben in
32 den Bezirksvorstand kooptiert werden. Wir unterstützen die Arbeit von Expert*innen in den
33 Kommissionen. Wenn vom Landesvorstand gewünscht, können im Einzelfall Expert*innen aus
34 Mittelfranken in die Leitung einer Kommission eingebunden werden. Mit Genehmigung des
35 Bezirksvorstandes können, diese ebenfalls in den Vorstand kooptiert werden.

1 Wir werden weiterhin wichtige Projekte, Seminare und Veranstaltungen über Mittelfranken
2 bewerben, so dass jede*r Juso aktiv daran teilnehmen kann.

3 Neuigkeiten aus dem Landesvorstand sollen zügig an den Bezirksvorstand weitergegeben
4 werden, um Transparenz zu gewährleisten.

5

6 **Wirken in die Partei**

7 Wir begrüßen es, wenn sich Jusos ebenfalls aktiv in der SPD engagieren. Wir möchten unsere
8 Rolle auf Bezirksebene der SPD weiter ausbauen und unsere Inhalte, sowie Positionen in die
9 SPD einbringen. Innerhalb der SPD gibt es auch unsere natürlichen Bündnispartner*innen. Eine
10 Zusammenarbeit mit diesen ist zu begrüßen. Hierzu könnten Themenabende oder anderweiti-
11 ge Veranstaltungen den Dialog innerhalb der SPD wieder fördern. Vor allem können Themen-
12 abende eine gute Möglichkeit sein, junge Menschen, die bisher nur in der SPD aktiv waren,
13 für unsere Juso-Arbeit zu begeistern.

14 Mit Hilfe von Jusos, die innerhalb der Partei Schlüsselpositionen haben, können wir ebenfalls
15 unsere Positionen in die SPD tragen. Dazu gehört vor allem auch unser*e nominierte*r Juso-
16 Vertreter*in im SPD Bezirksvorstand Mittelfranken.

17 Wir Jusos möchten uns einmischen, uns engagieren, Meinungsbildung und Diskussionen voran-
18 treiben. So ist es ebenfalls zu begrüßen, wenn Jusos SPD Veranstaltungen besuchen. Dafür
19 möchten wir diese besser bekannt geben, um vielen Jusos die Teilnahme zu ermöglichen. So
20 bleiben wir auch zukünftig, wie immer, eine kritische Stimme und ein*e ernste*r Diskussions-
21 partner*in. Auf Parteitag ist mit den Jusos immer stets zu rechnen.

22

23 **Kommunikation nach Innen**

24 **Funktionärskommunikation**

25 Die Funki-Schulungen sollen wieder aktiv im Bezirk beworben werden. Zudem sollen Funktio-
26 när*innen, aber auch Anwarter*innen für Funktionen bis auf Juso-AG-Ebene eingebunden
27 werden. Hierfür ist es jedoch nötig, herauszufinden, wer von den Jusos überhaupt Funktio-
28 när*in ist. Die Zusammenarbeit mit Funktionär*innen ist ebenfalls anzustreben. Das Zusam-
29 mentragen und Einpflegen in eine Verteilerbasis soll Arbeit des neuen Bezirksvorstandes sein.

30

31 **Nutzung alternative Kommunikationswege**

32 Die Kommunikation im Bezirksvorstand soll insgesamt verbessert werden. Eine reine E-
33 Mailkommunikation führt nicht zu mehr Teilnahme. Eventuell hilft es, wenn parallel E-Mail und
34 Social Media verwendet wird. Hinzukommen die Werkzeuge für Terminfindung und Abstimm-
35 ungen (Doodle), Projektstand-Abfragungen (Etherpad, oder ähnliches), und ein Terminkalen-
36 der. Wir erhoffen uns, dass Nachrichten so leichter kanalisiert werden können.

1 Das Bewerben von Veranstaltungen sollen weiterhin über Social Media Seiten erfolgen, jedoch
2 auch über eine neue Homepage.

3 Für die Einbindung aller aktiven Jusos in Mittelfranken könnte eine Facebookgruppe, oder ähn-
4 liches, ein geeignetes Kommunikationsmittel sein.

5 Das klassische Telefongespräch ist natürlich auch nicht zu vernachlässigen.

6

7 Kommunkation nach Außen

8 **Homepage und Internet**

9 Facebook und Social Media wurden letztes Jahr gut genutzt. Dies soll weiter beibehalten wer-
10 den. Dazu wird es weiterhin ein Redaktionsteam geben.

11 Die Homepage ist veraltet und soll dieses Jahr komplett erneuert werden, um unseren Webauf-
12 tritt deutlich zu verbessern. Die alte Homepage soll bis zur Erneuerung gepflegt werden, z.B.
13 mit neuen Kontaktdaten des neu gewählten Vorstandes und Terminen.

14 Die neue Homepage soll das Corporate Design der Jusos Bayern für Mittelfranken haben. Un-
15 sere Ziele und Inhalte sollen dann auf der Homepage mit neuen Texten hinzugefügt werden.
16 Ein integrierter Kalender mit allen Juso-Terminen soll es geben, der sich leicht ins Smartphone
17 integrieren lässt. Eintragung in einen Newsletter soll ebenfalls in die Homepage integriert wer-
18 den.

19 Für größere Veranstaltungen können auch Facebookanzeigen geschaltet werden, um eine
20 größere Reichweite zu erhalten.

21 Berichte von Veranstaltungen und Seminaren sollen kontinuierlich auf Facebook und auf der
22 neuen Homepage veröffentlicht werden.

23

24 **Inhaltliche Arbeit**

25 Die Antragsarbeit ist in der jüngeren Vergangenheit zurückgegangen. Wir erhoffen uns, dass
26 die Antragsarbeit durch Themenabende mit SPD Arbeitsgemeinschaften und Seminare sich
27 erhöht. Gerade durch inhaltliche Arbeit können wir unsere Positionen in die SPD einbringen.
28 Eine Nachbereitung der Veranstaltung könnte die inhaltliche Arbeit voranbringen. Wir müssen
29 jedoch noch weitere Möglichkeiten in Betracht ziehen.

30

31 **Bildungsarbeit**

32 Wir Jusos Mittelfranken bilden uns sowohl intern auch als extern fort. Wir werden weiterhin
33 Seminare anderer Bezirke und des Landes- bzw. Bundesverband bewerben. Ebenfalls werden
34 wir dieses Jahr Seminare für Jusos und gleichermaßen für Nicht-Jusos zur Neuanwerbung an-

1 bieten. Für Neumitglieder wird es wieder ein Neumitgliederseminar geben. Einige Inhalte
2 werden dafür noch vertieft, um unseren Verband noch besser zu erklären.

3 Für eine bessere Reichweite unserer Seminare und Veranstaltungen könnte wieder Sponsoring
4 auf Facebook verwendet werden. Bisher hatte dies ganz gut geklappt. Alternativen wären
5 noch im Vorfeld Pressemitteilungen für größere Veranstaltungen. Für die Organisation solcher
6 Veranstaltungen werden ein oder mehrere (Vorstands-) Mitglieder bestimmt. Jeder kann sich
7 trotzdem weiter in der Organisation mit einbringen. Der Stand der Veranstaltungen können
8 bspw. in einem Etherpad festgehalten werden, so dass jede*r noch offene Todo's sehen und
9 dann mithelfen kann. Wir erhoffen uns, dass dadurch die Organisation von Veranstaltungen
10 deutlich vereinfacht wird.

11 Nach den Veranstaltungen wollen wir diese auch direkt nachbereiten, um einerseits „Wer-
12 bung“ für unseren Verband zu machen und zusätzlich Berichte für Abrechnungen zu haben.
13 Nach sehr gut besuchten Veranstaltungen können auch wieder Pressemitteilungen versendet
14 werden.

15

16 Thematische Schwerpunktsetzung

17 **Gleichstellung**

18 Frauen und Männer sind in unserer Gesellschaft mittlerweile faktisch gleichgestellt. Die Realität
19 sieht anders aus. Das traditionelle Rollenbild der Frau als Mutter und Hausfrau, ist leider noch
20 in vielen Köpfen verankert. Sie haben aufgrund dessen schlechtere Aufstiegschancen. Die glä-
21 serne Decke ist leider real. Dadurch sind sie in Vorständen und Aufsichtsräten sehr stark unter-
22 repräsentiert. Dies liegt einerseits daran, dass hier immer noch typische „Männerzirkel“ domi-
23 nieren, die Frauen den Aufstieg erschweren, und andererseits an der fehlenden Vereinbarkeit
24 von Beruf und Familie. Gerade das veraltete Frauenbild führt dazu, dass Frauen für die Familie
25 ihre Karriere zurückstecken.

26 Die gläserne Decke und das veraltete Rollenbild lassen sich nicht durch Selbstverpflichtungen in
27 der Gesellschaft ändern. Hier muss es eine Einführung von verbindlichen Geschlechterquoten
28 in allen Hierarchieebenen, sowie in allen Berufsfeldern geben. Es muss zudem deutlich mehr
29 getan werden für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, dazu gehören verbesserte Kinderbe-
30 treuungsangebote oder das Arbeiten in Homeoffice, wenn dies von Familien gewünscht ist.
31 Frauen, die vorher in Teilzeit waren, sollen ein Rückkehrrecht auf ihre ehemalige Vollzeitstelle
32 haben, wenn sie es wünschen. Die Teilzeitfalle bei Frauen muss unterbunden werden, schon
33 allein im Hinblick auf ihre Renten.

34 Zudem verdienen Frauen deutlich weniger als Männer für gleiche und gleichwertige Arbeit.
35 Dies muss abgeschafft werden. Es muss endlich Equal Pay geben. Gerade Berufe im sozialen
36 Bereich müssen aufgewertet werden. Die Arbeit am Menschen muss wieder besser bezahlt
37 werden.

1 Häusliche Pflege wird hauptsächlich von Frauen vollzogen. Pflege von Angehörigen muss als
2 Arbeitszeit voll angerechnet werden. Zudem müssen auch dort Konzepte erarbeitet werden,
3 um Frauen zu entlasten.

4 Im Hinblick auf Gleichstellung in der Gesellschaft lehnen wir auch das Ehegattensplitting ab.
5 Dies ist eine Bevorzugung des „klassischen“ Bildes einer Partnerschaft. Familie ist heute bunter
6 denn je und das ist gut so. Wir fordern die „Ehe für alle“ und das Adoptionsrecht für homose-
7 xuelle Paare.

8 Auch bei uns Jusos mussten wir leider oft feststellen, dass wir teilweise noch zu männerdomi-
9 niert sind. Oft gibt es noch gezielte Nachfragen bei Frauen für Wahlen, Delegationen und
10 Vorständen, um die Quote zu erfüllen. Das heißt aber nicht, dass die Quote abgeschafft wer-
11 den soll – im Gegenteil. Die Quote ist richtig. Wir müssen in unserem Verband uns stärker da-
12 für einsetzen, mehr Frauen für die Juso-Arbeit zu gewinnen. Die persönliche Ansprache junger,
13 motivierter Frauen zur Anbindung und Ermöglichung von verbandlicher Mitarbeit muss noch
14 weiter intensiviert werden.

15 Dazu wäre ein Frauenernetzungstreffen in Mittelfranken eine gute Gelegenheit, um sich aus-
16 zutauschen. Zudem ist ein Engagement in der Frauenkommission der Jusos Bayern zu begrü-
17 ßen.

18 Den Interessen von Frauen muss, politisch mit der Auseinandersetzung und Bearbeitung von
19 Frauenpositionen und innerverbandlich mit der gezielten inhaltlichen Bearbeitung von frauen-
20 spezifischer Themen in Seminaren, Aktionen und Veranstaltungen, weiterhin intensiv Rechnung
21 getragen werden. Die Werbung junger Frauen für den Verband ist ein zentrales Thema der
22 nächsten Jahre.

23

24 **Einbindung und Stärkung von Neumitgliedern**

25 Wir werden weiterhin das Neumitgliederseminar anbieten. Dafür wollen wir die Rolle Mittel-
26 frankens besser thematisieren und einige Inhalte überarbeiten. Das Seminar bietet die Mög-
27 lichkeiten Neumitgliedern an den Juso-Verband näher zu bringen. Bisher wurden die Neumit-
28 gliederseminare gut besucht. Vor allem bieten diese Seminare die Möglichkeit Jusos aus dem
29 ländlichen Raum besser zu vernetzen.

30 Ziel ist es natürlich Neumitglieder für aktive Mitarbeit auf Bezirksebene, sowie in den Unter-
31 gliederungen zu gewinnen. Wir unterstützen somit die Unterbezirke bei der Mitgliederwerb-
32 ung.

33 Weiterhin soll es die Aufgabe sein, in der noch wahlkampffreien Zeit, weitere Formen der
34 Teilhabe von Jusos vor Ort zu entwickeln. In Hinblick auf die Kommunalwahlen 2020 können
35 Jusos in ihren Kompetenzen gestärkt werden, um mittelfristig viele gute Kandidat*innen für
36 Kommunalwahl- und andere Wahlen aufzubauen und Juso-Interessen durch gewählte Mandats-
37 träger*innen innerparteilich wie außerparteilich durchzusetzen.

1

2 **Internationale Arbeit**

3 Im Bezirk haben wir die Möglichkeiten uns mit Partnerorganisationen international auszutau-
4 schen. Dadurch können wir Kontakte knüpfen und eine Grundlage für internationalistische Ar-
5 beit legen.

6 Wir streben dieses Jahr eine Gedenkstättenfahrt an. Dafür möchten wir im Bezirk auch ande-
7 ren Jugendorganisationen die Teilnahme ermöglichen.

8

9 **Veranstaltungen**

10 Dieses Jahr werden wir ebenfalls Seminare anbieten. Wir möchten allen Jusos in Mittelfranken
11 ein gutes Seminarangebot bieten. Jede*r soll die Möglichkeit haben, daran zu partizipieren.

12 Folgende Veranstaltungen sollen im kommenden Jahr realisiert werden:

- 13 - Neumitgliederseminar
- 14 - Juso Sommerfest
- 15 - Gedenkstättenfahrt
- 16 - Beteiligung an der Kampagne der Jusos Bayern

17 Folgende Veranstaltungen stehen für den neu gewählten Vorstand zur Diskussion:

- 18 - Kommunalpolitisches Seminar
- 19 - Kapitalismuskritisches Seminar
- 20 - Wirtschaftspolitisches Seminar
- 21 - Gleichstellungsseminar
- 22 - Kampagnenschulung
- 23 - Frauenvernetzungstreffen in Mittelfranken

24 Neben Seminaren steht ebenfalls zur Diskussion, ob wir auch kleinere Abendveranstaltungen
25 zu bestimmten Themen anbieten können, um mehr Jusos für unsere inhaltliche Arbeit zu begeis-
26 tern, aber auch das Wirken innerhalb der SPD zu stärken.

27 Für das Sommerfest soll diesmal ein anderes Format geplant werden, dies würde im neuen
28 Vorstand zur Diskussion gestellt werden.

1 Anträge

2

3 Jusos Mittelfranken

4 An Jusos-Landesverband Bayern, Jusos-Bundesvorstand, SPD-
5 Landesverband Bayern, SPD Bundesverband

6 **A1 Einführung eines „Lebensarbeitszeit-Kontos“**

7

8 Die Jusos Mittelfranken fordern alle Ebenen der SPD auf, sich für ein „Le-
9 bensarbeitszeit-Konto“ in der Arbeitswelt einzusetzen. Wünschenswert ist
10 eine Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften mit den Arbeitge-
11 ber*innenverbänden.

12 **Begründung**

13 Die Arbeit sollte sich nach den individuellen Verhältnissen der Arbeitneh-
14 mer*innen (AN) richten und nicht die Arbeit sollte das Leben bestimmen.
15 Mit der Einrichtung eines „Lebensarbeitszeit-Kontos“ kann sich ein*e AN
16 ein Polster/Konto an „Gehalt“, „Lohn“ bzw. „Geld“ aufbauen. Dieses
17 kann dann zu verschiedensten Zwecken „angerührt“ werden, z. B. Vorru-
18 hestand, Altersteilzeit, Weltreise, Nottfälle, Familienzeit oder Einmalzah-
19 lungen.

20 Die Idee ist folgende: Die/der AN verzichtet während der Voll-/oder Teil-
21 zeit auf einen kleinen Teil seines Gehaltes und spart diesen Betrag dann
22 im sog. „Arbeitszeit-Konto“ an. Sollte ein o. genannter Fall eintreten,
23 kann die/der AN ohne Gehaltseinbußen eine „Auszeit“ nehmen. Betrieb-
24 liche Interessen sollten dennoch gewahrt werden! Die „Auszeit“ eines
25 Einzelnen kann nicht zu Lasten der anderen AN und der betrieblichen
26 Stabilität (Zukunftsfähigkeit/Wirtschaftlichkeit) führen. Dieser Gedanke
27 sollte in einer Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und den AG(-
28 Verbänden) mit einfließen.

29 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Mittelfranken
2 An Juso-Landeskonferenz; SPD-Landesparteitag

3 **A2 Eine gerechte Flüchtlingspolitik**

4

5 Als Jusos stehen wir für eine offene und solidarische Gesellschaft. Wir
6 sind überzeugt, dass Vielfalt dieses Land voranbringen kann. Wer in sei-
7 ner Heimat von Hunger, Verfolgung oder dem Tod bedroht ist, dem wol-
8 len wir Schutz bieten. Das ist für uns auch eine Frage der Gerechtigkeit.

9 Aus unserer Sicht kann Einwanderungspolitik keine Abfolge kleiner Schrit-
10 te sein. Eine radikale Neuausrichtung ist nötig.

11 **Die Festung Europa einreißen**

12 Gerade für unsere Generation ist das passfreie Reisen durch Europa zu
13 einer Selbstverständlichkeit geworden. Kilometerlange Staus an der Gren-
14 ze kennen wir eigentlich nur aus Erzählungen. Das muss auch so bleiben.

15 Aber während man im sicheren Europa ganz entspannt auf ein Wochen-
16 ende nach Paris reisen kann, spielen sich am Rande Europas brutale Sze-
17 nen ab. Man schottet sich ab. Wer auf der Flucht ist, hat es immer schwe-
18 rer den sicheren Hafen zu erreichen.

19 Bei aller vorgehaltener Kritik an Ländern wie Ungarn sind sie doch mit
20 ihrem Zaunbau der beste Partner der europäischen Grenzsicherungsagen-
21 tur Frontex.

22 Und allen warmen Worten zum Trotz: Auch die „wir schaffen das!“-
23 Republik Deutschland ist bemüht so vielen Menschen wie möglich die Rei-
24 se nach Europa zu vermiesen.

25 Wir fordern: die Festung Europa muss geschliffen werden. Wer bei uns
26 Schutz sucht muss ihn auch bekommen können. Hetzjagden auf Schutzsu-
27 chende an den europäischen Außengrenzen müssen aufhören.

28 **Sichere Fluchtwege schaffen**

29 Der Weg nach Europa ist eine unvorstellbare Tortur. Nur das Nötigste
30 kann mitgenommen werden, das was man an Geld besitzt geht für
31 Schlepper_innen drauf. Und je näher Europa rückt, desto schwieriger
32 wird es, über die Grenze zu kommen.

33 In der Hoffnung, so möglichst viele Menschen davon abzuhalten, nach
34 Deutschland zu fliehen, spielt auch die Bundesregierung dieses dreckige
35 Spiel mit.

1 Wir fordern: An den Brennpunkten der Welt müssen direkt Asylanlauf-
2 punkte geschaffen werden, zum Beispiel in Botschaften. Hier sollen Men-
3 schen Asyl beantragen können, um dann sicher nach Europa einzureisen.

4 **Menschenwürdiger Umgang**

5 Auch wenn die Zahl der Menschen, die zur Zeit bei uns Schutz suchen,
6 nie dagewesene Ausmaße annimmt: an erster Stelle muss für uns der
7 menschenwürdige Umgang stehen.

8 Aufenthalte in Massenunterkünften sind auf ein Minimum zu begrenzen,
9 der Integrationsprozess zu beschleunigen. Bis zu sechs Monate dauert es,
10 bis ein Flüchtlingskind eine Schule besuchen kann. Das muss schneller
11 gehen.

12 Internierungslager, ob sie jetzt Transitzone oder Einreisezentren heißen
13 lehnen wir ab.

14 **Europäische Solidarität schaffen**

15 Es ist schade, dass viele Mitgliedsstaaten jetzt, da ein rauerer Wind weht,
16 auf stur schalten, sich abschotten und jegliche europäische Solidarität
17 vermissen lassen. Noch bedauerlicher ist allerdings wie machtlos die Eu-
18 ropäischen Gremien dieser Sturköpfigkeit gegenüber stehen.

19 Für uns muss klar sein: Solidarität ist keine Einbahnstraße, auf die man
20 sich nur berufen kann, wenn man davon profitiert. Wer das glaubt, hat
21 die Europäische Union nicht verstanden und muss auch Konsequenzen zu
22 spüren bekommen.

23 **Weg mit Dublin – für eine europäische Asylpolitik**

24 In den letzten Monaten wurde die Überzeugung verbreitet, Dublin II wür-
25 de nicht mehr angewandt. Das ist falsch. Im Gegenteil: immer mehr Mit-
26 arbeiter_innen im BAMF kümmern sich um diese Dublin-Verfahren. Wer
27 dann auf Grund von Dublin, z.B. in Ungarn landet, muss damit rechnen,
28 gleich weiter in ihr_sein Heimatland abgeschoben zu werden. Das kann
29 und darf nicht das Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

30 Auch eine Quotenregelung lehnen wir ab, solange dies für Flüchtige be-
31 deutet, in menschenunwürdige Asylverfahren gezwungen zu werden. Be-
32 vor wir darüber diskutieren können, müssen in allen europäischen Ländern
33 für alle Asylsuchenden die gleichen Bedingungen herrschen.

34 **Auch Flüchtlinge haben das Recht ihren Aufenthaltsort selbst zu bestim- 35 men**

- 1 Gerechte Flüchtlingspolitik bedeutet auch, dass Flüchtlinge ihren Aufent-
- 2 halts- bzw. Zielort selbst bestimmen können.

- 3 Dies ist nicht nur ein Grundrecht, es hat auch ganz praktische Vorteile:
- 4 Normalerweise versuchen Asylsuchende dorthin zu reisen, wo sie schon
- 5 Menschen kennen, die auch aus ihrem Heimatland kommen. Seien es
- 6 Freunde seien es Verwandte.

- 7 Diese leben meist schon länger hier und können so vielfach unterstützen.
- 8 Auch für den Integrationsprozess hat dies eine beschleunigende Wirkung.

- 9 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Mittelfranken

2 An Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress, Landesparteitag
3 BayernSPD, Bundesparteitag SPD, SPD-Bundestagsfraktion

4 **A3 Besser auf die Bedürfnisse von geflüchteten Frauen** 5 **eingehen!**

6

7 Die Jusos Nürnberg fordern, dass die Unterbringung von weiblichen Ge-
8 flüchteten auf deren Wunsch hin in separaten Gemeinschaftsunterkünften
9 speziell für Frauen erfolgt. Zwar lehnen wir generell die Unterbringung in
10 großen Gemeinschaftsunterkünften ab und befürworten die dezentrale
11 Unterbringung in kleineren Wohngruppen bzw. bei Privatpersonen, so-
12 lange jedoch am derzeitigen Prinzip der zentralen Unterbringung festge-
13 halten wird, fordern wir separate Unterkünfte für Frauen sowie Mindest-
14 standards wie Rückzugsräume für Frauen und abschließbare, geschlech-
15 tergetrennte Sanitäreinrichtungen in den gemischtgeschlechtlichen Gemein-
16 schftsunterkünften.

17 Weiterhin fordern wir den Ausbau von Beratungsstellen für geflüchtete
18 Frauen, insbesondere für Opfer von sexualisierter Gewalt. Hierfür müssen
19 die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Auch muss
20 das Personal in den Unterkünften im Themenbereich sexuelle Gewalt ge-
21 schult werden. Im Registrierungs- und Asylverfahren muss es das Recht auf
22 eine Anhörung durch eine Frau und eine Dolmetscherin geben.

23 **Begründung:**

24 Unter den Geflüchteten, die Deutschland erreichen, sind auch Frauen, die
25 entweder auf der Flucht oder bereits in ihrer Heimat Opfer von sexualisier-
26 ter Gewalt geworden sind bzw. im Bezug auf den Umgang mit Männern
27 aus den verschiedensten Gründen traumatisiert sind. Darum ist ihnen die
28 Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft zusammen mit Männern
29 nicht zumutbar.

30 Weiterhin fliehen Frauen aus sogenannten frauenspezifischen Gründen
31 wie z.B. häuslicher Gewalt, Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, Ehren-
32 morde, Vergewaltigungen im Rahmen von Bürgerkriegen usw. Diese
33 Fluchtursachen sind seit der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 als
34 Verfolgungsgründe anerkannt. Deshalb ist es an der Zeit, dass wir vor Ort
35 besser auf die Bedürfnisse der geflüchteten Frauen eingehen. Dazu gehört
36 u.a. dass diese Frauen im Rahmen des Registrierungs- bzw. Asylverfah-
37 rens nicht ihre Fluchtursachen einem fremden Mann preisgeben müssen,
38 welchem sie möglicherweise aus obengenannten Gründen schwer ver-

- 1 trauen können. Ebenfalls muss das Personal in den Gemeinschaftsunter-
- 2 künften im Bezug auf den Umgang mit Opfern von sexualisierter Gewalt
- 3 geschult sein. Weiterhin muss die psychologische/therapeutische Bera-
- 4 tung dieser traumatisierten Frauen verbessert werden.
- 5 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Mittelfranken

2 An Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,
3 Bundesparteitag der SPD, Bundestagsfraktion der SPD

4 **A4 Die Integration der Flüchtlinge und AsylbewerberInnen** 5 **verlangt nach neuen politischen Rahmenbedingungen und** 6 **einem umfassenden Ansatz**

7

8 Die Zahl der gegenwärtig zu uns kommenden Flüchtlinge, wiewohl nur
9 ein geringer Bruchteil der globalen Flüchtlingsströme, zeigt dabei auf
10 dramatische Art und Weise die Inadäquanz unseres gesamten Asylsys-
11 tems auf. Dieses wurde zu Zeiten geringer Asyl- bzw. Flüchtlingszahlen
12 noch vorsätzlich in seinen Kapazitäten heruntergefahren und ist trotz eili-
13 ger Aufstockungen an Mitteln und Personal in keiner Art und Weise in der
14 Lage, die mittelfristigen Herausforderungen, welche sich aus der gesell-
15 schaftlichen Integration dieser Menschen ergeben, erfolgversprechend
16 anzugehen, gleich ob diese Integration in unsere Gesellschaft auf Zeit
17 erfolgt oder permanent ist bzw. sein muss.

18

19 Die gegenwärtige Zahl an Flüchtlingen in Verbindung mit einer individua-
20 lisierten Prüfung der Anträge wird auch und absehbar zunehmend einen
21 Rückstau bei der Bearbeitung durch das BAMF bedingen. Die durch-
22 schnittliche Verfahrensdauer betrug dabei schon Anfang 2015 um die
23 sechs Monate (bis zum Erstentscheid). Aktuelle Zahlen sind nicht verfü-
24 gbar, dürften jedoch deutlich gestiegen sein, da zum Beispiel Folge- und
25 Familiennachzugsanträge zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nicht
26 mehr bearbeitet werden.

27

28 Innerhalb dieses Zeitraumes stehen jedoch AsylbewerberInnen kaum Mög-
29 lichkeiten offen, sich in ihr Aufnahmeland zu integrieren. Selbst elementa-
30 re Sprachkurse finden noch nicht bundesweit flächendeckend und nach-
31 haltig statt, stattdessen werden die Menschen im Wesentlichen bis zu ei-
32 ner endgültigen Entscheidung über einen Antrag „verwahrt“. Das nicht
33 freiwillige Zusammenleben in so genannter „verdichteter Belegung“ er-
34 zeugt dabei in Abwesenheit von als sinnstiftend empfundenen Tätigkeiten
35 beinahe zwangsläufig Spannungen und Frust. Zudem verzögert und er-
36 schwert diese Praxis das notwendige zeitgleiche Anlaufen sozialer, kultu-
37 reller und sonstiger Integrationsansätze für die Aufgenommen massiv.

38 Zielführender wäre das flächendeckende Anbieten von Sprach- und ande-
39 ren Integrationskursen, sobald die Flüchtlinge einer Kommune dauerhaft
40 zugewiesen wurden. Auch eine Evaluierung und Zertifizierung muss be-

1 reits in der Phase durch die Agentur für Arbeit anlaufen. Bei Anerken-
2 nungsquoten von über 30% (plus Menschen, die trotz abgelehnter Asylan-
3 träge aufgrund von Duldungen, Rückführschutz und ähnlichen Maßnah-
4 men letztlich nicht abgeschoben werden und somit voraussehbar Mitglie-
5 der der deutschen Gesellschaft sind und bleiben) ist ein derartig brachlie-
6 gendes gesellschaftliches und auch volkswirtschaftliches Potential nicht
7 rechtfertigbar.

8

9 Ein qualitativer wie quantitativer Ausbau der bestehenden Qualifikations-
10 und Integrationsmaßnahmen bedingt dabei einen akuten Mehrbedarf an
11 entsprechend qualifiziertem Personal. Bisher wird dieser Mehrbedarf,
12 unvollständig und je nach lokaler Situation, hauptsächlich durch privates
13 zivilgesellschaftliches Engagement und durch bestehende ehrenamtliche
14 Organisationen gedeckt. Beide, das spontane bürgerschaftliche wie auch
15 das ehrenamtliche Engagement, sind dabei nicht geeignet, dauerhaft und
16 flächendeckend eine notwendige Angebotsdichte zu schaffen – zumal
17 dann nicht, wenn jenes private Engagement nicht angemessen durch
18 hauptamtliche Kräfte unterstützt wird.

19

20 Daher müssen also im komplexen Umfeld der Flüchtlingsbetreuung bun-
21 desweit zehntausende Vollzeitstellen entstehen, um den offensichtlichen
22 Bedarf (für die Asylsozialberatung, die Koordination der Integrationspro-
23 jekte und die Nachbetreuung von anerkannten und geduldeten Flüchtlin-
24 gen) zu decken, den gesamtgesellschaftlichen Nutzen zu maximieren und
25 unvermeidbar auftretende Konflikte bestmöglich zu verringern.

26

27 Allerdings ist gleichzeitig nachvollziehbar, warum dergleichen derzeit
28 nicht im notwendigen Maße geschieht. Unsere gegenwärtigen Kompe-
29 tenz- und Finanzierungsbeziehungen laufen darauf hinaus, dass die
30 Kommunen in der Pflicht wären, entsprechende Angebote als Sach- und
31 Personalaufwandskostenträger zu finanzieren. Angesichts der chronisch
32 klammen Finanzlage der meisten Kommunen ist deshalb verständlich,
33 dass neue Angebote unter einem sehr harten Finanzierungsvorbehalt ste-
34 hen, selbst wenn ihr Nutzen unmittelbar evident erscheint.

35

36 Mehr Geld für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen bedeutet ganz prak-
37 tisch weniger Geld für alle bisherigen kommunalen Aufgaben, ein klassi-
38 scher Verteilungskonflikt, der oft in einem massiven Akzeptanzproblem
39 seitens der angestammten Bevölkerung mündet.

40

41 Gleichzeitig sind die Kommunen sowohl am unmittelbarsten von Art, Um-
42 fang und Ausgestaltung und damit dem Erfolg der Integrationsmaßnah-
43 men für die ihnen zugewiesenen AsylbewerberInnen betroffen wie sie

1 auch unzweifelhaft die Instanz sind, die in der Lage ist, Integrationsmaß-
2 nahmen zu organisieren und zu evaluieren.

3 Damit dieser Verteilungskonflikt nicht ein- bzw. offen zu Tage tritt, ist eine
4 aktive und angemessene finanzielle Unterstützung der Kommunen für die
5 Belange der Integrationspolitik unverzichtbar!

6

7 Unabhängig von einzelnen und damit nicht nachhaltig planbaren Zuwen-
8 dungen vonseiten des Bundes an die Kommunen (und an die Länder als
9 Verantwortliche des Erstaufnahmeverfahrens sowie Träger einiger Son-
10 deraufwendungen) erscheint es somit sinnvoll, wenn vonseiten des Bundes
11 pro zugewiesenem Flüchtling eine **Fallpauschale** allokiert würde, aus der
12 die Kommunen zweckgebunden, aber eigenverantwortlich Sprachkurse
13 und sonstige Integrations- und Qualifikationsprojekte sowie auch Freizeit-
14 angebote und anfallende Sachleistungen (vor allem direkt nach der Auf-
15 nahme) für die ihnen zugewiesenen Flüchtlinge finanzieren können und
16 müssen.

17

18 Ein besonderer kommunaler Schwerpunkt muss dabei auch auf die Evalu-
19 ation und aufbauende Vermittlung von beruflichen Kenntnissen durch die
20 in der Region tätigen Industrie- und Handwerksbetriebe (bzw. deren Ver-
21 einigungen) gelegt werden. Auch dies bedingt vermutlich oftmals die
22 stunden- oder tageweise Freistellung von Arbeitskräften aus ihren Betrie-
23 ben, um entsprechend viele Fachkräfte/MeisterInnen und TechnikerInnen
24 anzubieten, die die vorhandenen Fachkenntnisse der Flüchtlinge überprü-
25 fen und ggf. so aufbauen können, dass diese in die duale Ausbildung
26 (ggf. mit verkürzter Lehrzeit infolge vorliegender Berufserfahrung) über-
27 nommen werden können. Für einzelne Unternehmen ist dies häufig nicht
28 leistbar, hier braucht es die Kooperation von handlungsfähigen Gemein-
29 den und interessierten Firmen.

30

31 Die schwankende Natur der Flüchtlingszahlen und ihre äußerst einge-
32 schränkte Prognostizierbarkeit bedingen dabei ein weiteres Problem: Für
33 alle beteiligten AkteurInnen (für die Kommunen also selbige plus die von
34 ihnen beauftragten Träger) ist somit kaum absehbar, wie sich der Perso-
35 nalbedarf zukünftig entwickeln wird. Gleichzeitig ist diese Art mangelnder
36 Planbarkeit für alle entsprechend qualifizierten ArbeitnehmerInnen ein
37 sehr realer Grund, sich gegen eine Beschäftigung in diesem Sektor zu
38 entscheiden – selbst wenn man davon ausgehen könnte, dass in der ge-
39 genwärtigen Situation ausreichend qualifizierte anderweitig unter- oder
40 unbeschäftigte Fachkräfte vorhanden wären.

41

42 Abhilfe könnte in diesem Zusammenhang nur eine **Querfinanzierung** und
43 Professionalisierung des bestehenden und in seinem Potential ja gewalti-

1 gen **zivilgesellschaftlichen Engagements** schaffen. Je länger die gegen-
2 wärtigen Antragszahlen anhalten, desto mehr Betreuung wird notwendig
3 werden, deren Umfang sich nicht nur auf die unmittelbaren körperlichen
4 Grundbedürfnisse (Sicherheit, Obdach, Nahrung) beschränken kann,
5 deren Sicherstellung jedoch für unser gegenwärtiges System bereits eine
6 massive Herausforderung darstellt.

7
8 Bisher bedingt jedes private Engagement für Flüchtlinge die Akzeptanz
9 damit einhergehender persönlicher Nachteile. Nicht nur wird dafür die
10 eigene Lebenszeit, sondern oft genug auch das Einkommenspotential ge-
11 opfert, indem zum Beispiel Stunden reduziert werden. Für noch weit mehr
12 hilfswillige Menschen ist dies aber entweder keine Option oder einfach
13 nur der Grund, sich gegen (mehr) Engagement zu entscheiden.

14
15 Ein enormes Potential an qualifizierten Kräften liegt somit brach, weil der
16 Staat elementare und durch ihn zu erbringende Leistungen zunächst an
17 privates Engagement ausgelagert hat und sich somit auch finanziell aus
18 der Verantwortung zieht. Sicher würden z.B. viele StudentInnen geistes-
19 wissenschaftlicher Fächer Sprachkurse geben, wenn nicht der zur Finan-
20 zierung ihres Unterhalts notwendige Nebenjob ihnen einfach keine Zeit
21 dafür ließe. Sicher wäre auch der/die eine oder andere HandwerksmeisterIn bereit, im Rahmen der IHK Anerkennungsverfahren für ausländische
22 Fachkräfte zu betreuen, aber nicht, wenn dies auf unbezahlten Urlaub
23 hinausläufe und seine/ihre Familie finanziell schlechter stellt.

24
25
26 Ein zusätzlicher positiver Effekt einer solchen professionalisierten und na-
27 türlich durch entsprechende hauptamtliche Kräfte koordinierten und unter-
28 stützten Betreuung wäre, dass selbiges Engagement nachhaltiger und
29 planbarer werden würde. Essentiell würden aus den bisherigen Freiwilli-
30 gen, zumindest dort, wo dies sinnvoll erscheint, Honorarkräfte, was eine
31 Harmonisierung mit anderen Bereichen verantwortungsvollem zivilgesell-
32 schaftlichen Engagements entspricht, die ebenfalls mit Aufwandsentschä-
33 digungen einhergehen.

34
35 Prioritär muss dabei natürlich weiterhin die Einstellung hauptamtlicher
36 Kräfte in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen sein,
37 wo das Stellen- und Aufgabenprofil den Einsatz von Hauptamtlichen nahe
38 legt. Das Ziel dieses Antrages ist nicht die Prekarisierung der Flüchtlings-
39 arbeit, sondern die Generierung zusätzlicher qualifizierter Arbeitskräfte
40 über das Niveau hinaus, welches über traditionelle Arbeitsverhältnisse
41 verfügbar und ohne hinreichende Bedarfsdeckung zunehmend ausge-
42 schöpft ist!

- 1 Die Integration der Flüchtlinge ist eine große gesamtgesellschaftliche Auf-
2 gabe. Ihre Bewältigung bedarf umfassender und anhaltender Anstrengun-
3 gen nicht nur der Zivilgesellschaft, sondern aller staatlichen und kommu-
4 nalen Stellen. Zur Finanzierung braucht es Fall- bzw. Integrationspauschal-
5 en, zur Bewältigung einer Verstärkung aller personellen Kapazitäten!
6
7 angenommen abgelehnt überwiesen an

- 1 Jusos Mittelfranken
- 2 An Jusos Bayern

3 **A5 Frieden schaffen ohne Waffen – auch in Syrien!**

4

5 Militärische Schnellschüsse führen zu keinem nachhaltigen Frieden. Dies
6 zeigen vergangene Erfahrungen des so genannten „Krieg gegen den Ter-
7 rorismus“ und des „Krieg für Demokratie“, welche als gescheitert gelten.

8 Damals wie heute wird nach einer „Koalition der Willigen“ gerufen, die
9 in einem gemeinsamen Militärschlag das Problem des weltweiten Terrors
10 lösen wollen. Dieses Vorgehen ist jedoch zum Scheitern verurteilt, da es in
11 seiner Wahl der Mittel nicht der Komplexität der Lage gerecht wird.

12 Militärschläge gefährden die Sicherheit der Zivilbevölkerung des Einsatz-
13 gebietes und stehen konträr zum international proklamierten Ziel des
14 Schutzes vor Gewalt, auch wenn die Gewalt des IS gemeint war. Zivile
15 Todesopfer, die es sicher geben wird, da sie unabwendbar mit militäri-
16 schen Einsätzen verbunden sind, führen zu einer Spirale der Gewalt, wel-
17 che die Bevölkerung sogar erst recht in die Hände der IS treiben kann.
18 Auch die Hoffnung ein autoritäres Regime abzulösen und durch ein ge-
19 rechteres zu ersetzen scheint nicht gerechtfertigt, da Krieg allein noch nie
20 das probate Mittel zur Errichtung gefestigter Demokratien war.

21 Die jetzige Kriegsbeteiligung der „Koalition der Willigen“ ist darüberhin-
22 aus völkerrechtswidrig. Basis des jetzigen Bundeswehr-Syrien-Einsatzes ist
23 Artikel 51 der UN-Charta – das Selbstverteidigungsrecht von Staaten ge-
24 gen andere Staaten. In diesem Fall geht es um die Selbstverteidigung
25 Frankreichs und der EU gegen den IS. Doch der IS ist kein Staat. Es han-
26 delt sich hierbei um eine terroristische Organisation, bei dem auch unklar
27 ist, wer nun genau dazugehört und wer nicht. Wie der „Krieg gegen den
28 Terrorismus“ im Allgemeinen, führt eine solche Auslegung von Völkerrecht
29 zu einem permanenten Ausnahmezustand (Kriegserklärung gegen undefi-
30 nierte Kombattanten), in dem die demokratischen Staaten der Koalition
31 einen Blankoscheck für Gewaltanwendung in jede Richtung erhalten.

32 Das aktuelle Militärbündnis, welches nun einen Krieg gegen den IS in
33 Syrien führen will, pocht darauf, durch seinen Einsatz auch die Sicherheit
34 der europäischen Bevölkerung zu schützen. Es wird suggeriert, dass der
35 Einsatz der Bundeswehr weitere Terrorschläge abwenden könne. Damit
36 wird jedoch die Tatsache unterschätzt, dass die vergangenen Terrorakte
37 in Paris keine Taten syrischer Täter waren und so eben nicht direkt auf
38 einen äußeren Aggressor verwiesen werden kann. Sie waren vielmehr
39 das Produkt gescheiterter Integrationspolitik und fehlender Chancen auf

1 soziale Teilhabe. Unsere exkludierende und stigmatisierende Gesellschaft
2 muss folglich ebenso als Handlungsziel gefasst werden. Das Schaffen von
3 Perspektiven und Chancen für alle Menschen in unserer Gesellschaft-
4 unabhängig von sozialem Hintergrund, Herkunft und Religion- muss unser
5 höchstes Ziel sein. Im Hinblick auf den derzeitigen Flüchtlingsstrom gilt
6 somit: schnellstmögliche Integration, statt Ausgrenzung á la CSU ist ange-
7 zeigt!

8 Es ist an der Zeit, dass die SPD ihrem Grundwert des Internationalismus
9 gerecht wird und endlich wieder dementsprechend handelt. Im konkreten
10 möge die SPD sich für Folgendes Einsetzen:

- 11 • Ein Ende des Kriegseinsatzes in Syrien ohne UN-Mandat
- 12 • Der Einsatz im Sicherheitsrat für eine Frieden schaffende Mission
13 nach Art. 51 Chap. 7 UN-Charta, bei welcher Schutzzonen für
14 ZivilistInnen vorrangiges Ziel sind. Zudem soll eine echte Strategie
15 für die Zeit nach einem Militärschlags konzipiert werden, die dar-
16 legt, welche Maßnahmen zur Etablierung und Erhalt des Friedens
17 langfristig ergriffen werden müssen. Ohne die Schaffung neuer
18 Perspektiven ist eine Intervention schlichtweg unseriös und purer
19 Aktionismus im Sinne eines blinden Vergeltungsschlags.
- 20 • Die Stärkung supranationaler Institutionen, wie der UNO, welche
21 einen dauerhaften Weltfrieden zum Ziel haben.
- 22 • Das Ziel des Friedens muss im eigenen Handeln immer vor der Er-
23 reichung geostrategischer Ziele stehen. Das gebietet das Grund-
24 prinzip der Solidarität!
- 25 • Humanitäre Hilfe für die Opfer des syrischen Bürgerkriegs und So-
26 lidarität mit den Geflüchteten.

27 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Mittelfranken

2 An Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,
3 Bundesparteitag der SPD, Bundestagsfraktion der SPD

4 **A6 Sexuelle Belästigung unter Strafe stellen**

5

6 Im Zuge der Debatten um die Zwischenfälle in der Silvesternacht soll das
7 schon länger geplante Gesetzgebungsverfahren zur Verbesserung des
8 Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung beschleunigt werden. Im neuen
9 Gesetz wird ein neuer Tatbestand des sexuellen Missbrauchs unter Aus-
10 nutzung besonderer Umstände geschaffen, der nun grundsätzlich jeden in
11 den Schutzbereich zieht. Insbesondere wird auch die schwere Nötigung
12 in den Tatbestand integriert und so erweitert, dass auch die subjektive
13 Befürchtung eines empfindlichen Übels beim Opfer ausreicht, wenn
14 der/die TäterIn dies erkennt. Diese Reform des Sexualstrafrechts ist aus-
15 drücklich zu begrüßen.

16 Doch der häufigste Eingriff in die sexuelle Selbstbestimmung, die sexuelle
17 Belästigung, ist noch immer straffrei. So sind vom StGB bisher nur erheb-
18 liche sexuelle Handlungen erfasst, unsittliche Berührungen beispielsweise
19 am Gesäß, der Brust und selbst Zungenküsse von kurzer Dauer werden
20 von der Rechtsprechung als nicht erheblich angesehen. Opfer von solchen
21 Angriffen können sich nach jetziger Gesetzeslage nur zivilrechtlich zur
22 Wehr setzen. Oftmals erfüllen solche Taten nicht einmal den Tatbestand
23 der Beleidigung, weil es hierfür nach gefestigter Rechtsprechung einer
24 besonderen Verletzung der geschlechtsspezifischen Ehre bedarf. Daher
25 sind auch Gesten und Äußerungen mit anzüglichem Inhalt oft straffrei.
26 Eine Nötigung kommt in den genannten Fällen ebenfalls nicht in Betracht,
27 wenn der Täter unerwartet handelt. Solche Belästigungen greifen dennoch
28 in die sexuelle Selbstbestimmung der Opfer ein und sind für diese oft be-
29 lastend.

30 Daher fordern wir: Mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren
31 soll bestraft werden, wer unter Ausnutzung eines Überraschungsmoments
32 oder eines Moments, in dem das Opfer im Fall des Widerstandes ein
33 empfindliches Übel befürchtet, oder mittels einer Nötigungshandlung Be-
34 rührungen, Äußerungen, Gesten oder ähnliche Handlungen vornimmt, die
35 geeignet sind die sexuelle Selbstbestimmung des Opfers zu verletzen, und
36 diese Verletzung widerrechtlich beabsichtigt.

37 Mit dieser Formulierung werden somit nur klar sexuell motivierte Handlun-
38 gen unter Strafe gestellt. Auch Abgrenzungsschwierigkeiten sollen ver-
39 mieden werden. Der Tatbestand soll ebenfalls als Auffangtatbestand die-

- 1 nen für Taten, die nicht unter die sexuelle Nötigung/ sexueller Missbrauch
- 2 fallen. Das vorgeschlagene Strafmaß entspricht dem einer Körperverlet-
- 3 zung, erlaubt also je nach Tatschwere und Schuld einen variablen Straf-
- 4 rahmen.
- 5 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Mittelfranken

2 An BayernSPD, SPD Bund, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Jusos
3 Bayern, Jusos Bund, S&D Fraktion

4 **A7 Keine Doppelmoral bei Handelsabkommen – nicht nur** 5 **TTIP sondern auch EPAs überdenken! Die EU darf nicht zu** 6 **wirtschaftlichen Fluchtgründen beitragen!**

7

8 Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen. Viele Menschen fliehen, weil
9 sie keine wirtschaftliche Grundlage mehr haben. Durch Handelsabkom-
10 men und Wirtschaftspolitik der EU wird die Situation in den Herkunftslän-
11 dern zusätzlich verschlechtert. Daher fordern wir Jusos unsere Kritik an
12 den Freihandelsabkommen nicht nur auf TTIP zu beschränken, sondern
13 dieselben Maßstäbe auch an Freihandelsabkommen der EU mit anderen
14 Staaten anzulegen. Wir fordern eine gerechte und solidarische Wirt-
15 schaftspolitik, die nicht auf der kapitalistischen Ausbeutung anderer Län-
16 der basiert. Konkret fordern wir, ähnlich wie bei TTIP, auch für die zukünf-
17 tigen EPA-Verträge (Economic Partnership Agreement) "Rote Linien". Diese
18 sollen eine faire, nachhaltige und sozialverträgliche Gestaltung der Han-
19 delsabkommen zum Ziel setzen, die nicht zu Lasten der beteiligten Ent-
20 wicklungsländer gehen. Im Wesentlichen sollen diese "Roten Linien" fol-
21 gende Punkte berücksichtigen:

- 22 • Das Prinzip der Nicht-Reziprozität (Nicht-Gegenseitigkeit), sodass
23 tarifäre Hindernisse auch einseitig abgebaut werden können. Das
24 Allgemeine Präferenzsystem (APS) weiter ausdehnen, verknüpft mit
25 positiven Anreizen.
- 26 • Lokale Märkte schützen, um eine nachhaltige wirtschaftliche Ent-
27 wicklung im Land zu ermöglichen.
- 28 • Kein Zwang zur Liberalisierung in Handel und Investition, sowie
29 im Bereich der Dienstleistungen.
- 30 • Weitere Vertragsverhandlungen nur unter fairen Bedingungen:
31 keine Drohung mit Sanktionen oder Entzug von Entwicklungshilfe.

32 **Begründung:**

33

34 Ungleichheit kommt nicht von ungefähr! Nein, sie ist gemacht durch das
35 kapitalistische, auf Ausbeutung beruhende System. So ist wirtschaftliche
36 Ungleichheit oft auch ein Fluchtgrund der Menschen aus ihrer Heimat ver-

1 treibt. Diese Fluchtursache ist von uns beeinflussbar, denn wirtschaftliche
2 Fluchtgründe sind unter anderem politisch verursacht.

3 In Afrika wurden im Eiltempo EPA-Verträge unter massivem Druck der EU
4 und gegen den Willen der Entwicklungsstaaten durchgesetzt. Da diese
5 Länder auf den Export ihrer Rohstoffe bzw. Agrarprodukte (z.B. Kaffee
6 aus Ostafrika) in die EU aber auch auf Entwicklungshilfe aus der EU an-
7 gewiesen sind, haben ihre Regierungen kaum eine andere Wahl als die
8 Vertragsbedingungen zu akzeptieren. Diese Handelsabkommen gefähr-
9 den den schwierigen Prozess der regionalen Integration und setzen Pro-
10 duzenten in den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) auf ihren lokalen
11 und regionalen Märkten der europäischen Konkurrenz aus. Dies kann
12 unter anderem zu steigender Arbeitslosigkeit, Gefährdung der Ernäh-
13 rungssicherheit und Verlust der Lebensgrundlage führen.

14 Mit den sogenannten „Roten Linien“ hat die SPD versucht klare Spielre-
15 geln für die Weiterführung der TTIP-Verhandlung festzulegen. Jene sollten
16 eine faire und sozialverträgliche Gestaltung des transatlantischen Frei-
17 handels ermöglichen. Überlegungen solche Regeln auch auf andere Han-
18 delsabkommen auszudehnen, vor allem auf AKP-Staaten (Afrika, Karibik,
19 Pazifik), gab es bisher nicht. Aber durch genau diese Handelsabkommen
20 trägt die EU massiv zu den Ursachen für Wirtschaftsflüchtlinge bei. Die
21 SPD steht in einer langen Tradition zum Schutz der Schwächeren und der
22 Schwächsten. Wir dürfen nicht kommentarlos zuschauen während Länder,
23 die in einer Phase der wirtschaftlichen Entwicklung sind, zu neoliberalen
24 Wirtschaftsverträgen gezwungen werden nach den Bedingungen und
25 Wünschen

26 angenommen abgelehnt überwiesen an

1 Jusos Mittelfranken

2 An Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,
3 Bundesparteitag der SPD, Bundestagsfraktion der SPD

4 **A9 Novellierung des HeilprG (HeilpraktikerInnengesetz)**

5

6 Das HeilprG (HeilpraktikerInnengesetz) wurde am 17.02.1939 erlassen.
7 Vor diesem Gesetz war die Heilkunde auch ohne ärztliche Approbation,
8 z.B. als NaturheilerIn, möglich. Das Ziel der Gesetzeseinführung war eine
9 Verschärfung der damaligen Gesetzeslage, die allerdings nicht das Ziel
10 hatte, gegen WunderheilerInnen und ScharlatanInnen vorzugehen. Statt-
11 dessen diente das Gesetz ursprünglich dem Ausschluss jüdischer ÄrztIn-
12 nen.

13 Ab dem 20.11.1933 entzog eine Verordnung allen „nichtarischen“ Ärzt-
14 lInnen und FrontkämpferInnen, sowie allen „arischen“ ÄrztInnen, die mit
15 einer/m „nichtarischen Ehegattin/en“ verheiratet waren und in Städten
16 mit mehr als 100.000 EinwohnerInnen lebten, „vorbehaltlich einer end-
17 gültigen Regelung“ die Kassenzulassung. Diese Regelungen wurden über
18 die Zeit weiter verschärft. Die 4. Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“
19 am 25.07.1938 hatte zur Folge, dass jüdischen ÄrztInnen die Approba-
20 tionen entzogen wurden. Kurz darauf im nächsten Jahr folgte das Heil-
21 prG. Die Heilkunde oblag nur noch ÄrztInnen mit Approbation und Men-
22 schen mit der Berufsbezeichnung „Heilpraktiker“. HeilpraktikerInnenschu-
23 len wurden im gleichen Atemzug verboten, was jede weitere „Ausbil-
24 dung“ unmöglich machte. Fachfortbildungen gab es dadurch auch nicht
25 mehr für HeilpraktikerInnen.

26 Der ursprüngliche Hintergrund dieses Gesetzes ist vielen heutzutage kaum
27 bekannt. Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Berufsverbot von Heilprakti-
28 kerInnen aufgrund des Grundrechtes einer freien Berufswahl aufgehoben.

29 Bis heute gab es keine umfassende Novellierung des Gesetzes. Dies hat
30 zur Folge, dass die Zugangsvoraussetzungen für HeilpraktikerInnen dem-
31 entsprechend niedrig sind. Voraussetzungen der Erlaubniserteilung sind,
32 dass die/der AntragsstellerIn

- 33 - das 25. Lebensjahr vollendet hat
- 34 - mindestens eine abgeschlossene Hauptschulbildung nachweisen
35 kann
- 36 - sittlich zuverlässig ist, insbesondere keine schweren strafrechtli-
37 chen oder sittlichen Verfehlungen vorliegen
- 38 - in gesundheitlicher Hinsicht zur Ausübung des Berufes geeignet ist
- 39 - in einer Überprüfung der Kenntnisse und Fähigkeiten durch das
40 Gesundheitsamt nachweist, dass die Ausübung der Heilkunde
41 durch sie/ihn keine Gefahr für die Volksgesundheit darstellen
42 wird.

1 Viele verbinden mit HeilpraktikerInnen eine staatlich anerkannte Ausbil-
2 dung. Diese gibt es jedoch nicht. Allein die Überprüfung, bestehend aus
3 einem schriftlichen und mündlichen Teil, reicht zu einer Erteilung der Er-
4 laubnis für die Heilkunde vollkommen aus. Diese Überprüfung ist jedoch
5 keine Prüfung im Sinn einer Leistungskontrolle zur Feststellung einer be-
6 stimmten Befähigung, sondern sie dient der Abwehr von Gefahren für die
7 Gesundheit der Bevölkerung und des einzelnen Menschen.

8 Praktische Fähigkeiten werden somit nicht getestet, sondern nur Kenntnis-
9 se, z.B. Grundkenntnisse in Anatomie, in der allgemein Krankheitslehre,
10 Erkennung und Erstversorgung, Techniken der Anamneseerhebung, etc.
11 Wie die Person diese Kenntnisse sich aneignet, ist ihr selbst überlassen.
12 Es werden keine vorigen Ausbildungen oder Praktika im Gesundheitswe-
13 sen verlangt.

14 Nach der bestandenen Überprüfung gibt es keine weiteren Kontrollen. Es
15 gibt nur anlassbezogene Kontrollen, wenn es Beschwerden gegen die
16 jeweilige Person gibt. Ebenso gibt es keine qualitätssichernden Maßnah-
17 men wie ein Qualitätsmanagementsystem oder Peer-Review-Verfahren,
18 Supervision oder ähnliches. PatientInnen sind daher auf sich allein ge-
19 stellt, um die Befähigung der/des HeilpraktikerIn zu begutachten. Zudem
20 gibt es keine Institutionen, wie Kammern, Krankenkassen oder Kassenärzt-
21 liche Vereinigungen, denen sie Rechenschaft ablegen müssten. Eine mög-
22 liche Kontrolle gibt es nur, wie oben beschrieben, bei Beschwerden. Zu-
23 dem sind HeilpraktikerInnen an keine weiteren Leitlinien gebunden. Natür-
24 lich gibt es auch mehrere Verbände, die auf unterschiedliche Themen
25 Schwerpunkte setzen, jedoch sind HeilpraktikerInnen nicht verpflichtet sich
26 einem Verband anzuschließen. Doch auch bei den Dachverbänden gibt
27 es keine weiteren Institutionen, die für Qualität und Transparenz stehen.

28 Nach StGB §203 (Verletzung von Privatgeheimnissen) gehören Heilprak-
29 tikerInnen zu der Berufsgruppe, die nicht an die Verschwiegenheitspflicht
30 gebunden sind. Dazu gehören im medizinischen Bereich ÄrztInnen, Tier-
31 ärztInnen, ApothekerInnen oder Angehörige eines anderen Heilberufs mit
32 einer staatlich geregelten Ausbildung. Da es keine Ausbildung bei Heil-
33 praktikerInnen gibt, fällt der Beruf auch nicht unter diesen Paragraphen.
34 HeilpraktikerInnenverbände hatten sich 1992 auf eine „Berufsordnung für
35 Heilpraktiker“ (BOH) geeignet, die jedoch nicht für alle rechtsverbindlich
36 ist, sondern nur als vereinsinternes Recht für die Mitglieder die Gültigkeit
37 besitzt.

38 Artikel 3 der BOH verpflichtet sie zu einer Schweigepflicht, jedoch haben
39 diese kein Zeugnisverweigerungsrecht nach StPO §53 („Zeugnisverwei-
40 gerungsrecht der BerufsgeheimnisträgerInnen“). Verstöße gegen die BOH
41 führen zu einem Verfahren, in dem darüber entschieden wird, ob ein/e
42 HeilpraktikerIn im Interesse des Standes aus dem Verband auszuschließen
43 ist. Hier steht aber nichts von einem Entzug der Erlaubnis der Heilkunde
44 durch Gesundheitsämter.

45 Der Beruf ist durch das HeilprG in nur wenigen Tätigkeiten beschränkt.
46 Explizit ist das Verbot der Ausübung von Heilkunde im Umerzählen und

1 der Zahlheilkunde. Andere Gesetze, wie z.B. Hebammengesetz, Infekti-
2 onsschutzgesetz, Arzneimittelgesetz, schränken die Tätigkeiten ein. Die
3 „Verbote“ sind somit über einige Gesetze verteilt. Was dürfen jedoch
4 HeilpraktikerInnen? Sie dürfen Blut abnehmen, Injektionen setzen, Wirbel-
5 säulenverrenkungen, Umgang mit Chemikalien, etc.

6 Nach Artikel 7 der BOH „In Fällen, in denen eine Spezialuntersuchung,
7 eine Operation oder eine sonstige therapeutische Maßnahme erforderlich
8 ist, die vom Heilpraktiker nicht selbst vorgenommen werden kann, sollte
9 rechtzeitig mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit einer solchen
10 Maßnahme hingewiesen werden.“, ist eine Operation möglich. Dafür
11 wäre aber ein/e AnästhesistIn notwendig, der/die eine Anästhesie vor-
12 nimmt, da HeilpraktikerInnen keine verschreibungspflichtigen Arzneimittel
13 anwenden oder verschreiben dürfen. Invasive Maßnahmen in der BOH
14 sind jedoch nicht explizit eingeschränkt.

15 Pflegekräfte und Medizinische Fachangestellte dürfen hingegen allenfalls
16 Blut abnehmen und dies auch nur, wenn die Tätigkeit ärztlich delegiert
17 wird. Sie haben im Gegensatz zu HeilpraktikerInnen eine staatlich aner-
18 kannte staatliche Ausbildung und doch dürfen sie nicht ohne ärztliche
19 Befugnisse die Tätigkeiten ausüben, wie es HeilpraktikerInnen dürfen.

20 Aufgrund der vielen fragwürdigen Freiheiten und Bestimmungen fordern
21 wir eine Novellierung des Gesetzes und somit automatisch eine Reform
22 des „Heilberufes“.

23 **Forderungen:**

24 Die Aufteilungen der möglichen „Heilpraktiker“ werden aufgehoben und
25 umgewandelt in „HeilpraktikerIn für Physiotherapie“, „HeilpraktikerIn für
26 Psychotherapie“, „HeilpraktikerIn für Podologie“, „HeilpraktikerIn für all-
27 gemeine Krankheitslehre“.

28 Die unterschiedlichen HeilpraktikerInnen müssen dabei voneinander ge-
29 trennt sein. Es gäbe somit keinen „allgemeinen Heilpraktiker“ mehr. Die
30 Zugangerschwerungen haben das Ziel, die Qualität im Gesundheitswe-
31 sen zu erhöhen und dienen somit der Professionalisierung der Anbieter-
32 den. Die Heilkunde beschränkt sich nur auf den eigenen und damit nach-
33 weisbar beherrschten Bereich, d.h. HeilpraktikerInnen für Physiotherapie
34 dürfen keine Psychotherapie anbieten und umgekehrt.

35 **Zugangsvoraussetzungen:**

- 36 - Für HeilpraktikerInnen für Physiotherapie: Der Zugang zur Erlaub-
37 nis wird gewährt, wenn die/der AntragsstellerIn eine staatlich an-
38 erkannte Ausbildung oder ein Studium im Bereich des Bewe-
39 gungsapparates vorweisen kann.
- 40 - Für HeilpraktikerInnen für Psychotherapie: Der Zugang zur Erlaub-
41 nis wird gewährt, wenn die/der AntragsstellerIn eine Ausbildung
42 oder ein Studium in sozialer Arbeit, Sozialpädagogik, Psycholo-
43 gie, Gerontologie oder Fachähnliches vorweisen kann. Der Zu-
44 gang kann auch gewährt werden, wenn die/der AntragsstellerIn

- 1 keine der Ausbildungen, aber eine langjährige Berufserfahrung (5-
2 10 Jahre) im sozialen Bereich mit PatientInnen vorweisen kann.
- 3 - HeilpraktikerInnen für Podologie: Siehe Physiotherapie. Zugang
4 erfolgt über eine Ausbildung oder Studium der Podologie.
 - 5 - HeilpraktikerInnen für allgemeine Krankheitslehre: Der Zugang zur
6 Erlaubnis wird gewährt, wenn die/der AntragsstellerIn eine staat-
7 lich anerkannte Ausbildung oder ein Studium im Bereich Gesund-
8 heitspflege oder eine ärztliche Approbation vorweisen kann.

9 Es soll weiterhin als Voraussetzung das ärztliche Zeugnis und behördliche
10 Führungszeugnis geben.

11 *Prüfung:*

12 Die Überprüfung wird zu einer Prüfung umfunktioniert. AntragsstellerInnen
13 können nur dreimal zu dieser Prüfung antreten. Danach ist Ihnen der Zu-
14 gang zu Erlangung der/des „HeilpraktikerIn beschränkt auf einen Be-
15 reich“ im überprüften Bereich verwehrt. Der schriftliche Teil muss an die
16 Anforderungen der Voraussetzungen der AntragsstellerInnen angepasst
17 werden. Menschen ohne Ausbildung, aber mit entsprechender Erfahrung,
18 erhalten eine doppelt so lange mündliche Prüfung. Zusätzlich zu dem
19 schriftlichen und mündlichen Teil soll es auch einen praktischen Teil ge-
20 ben, der z.B. das Können anhand von Fallbeispielen überprüft.

21 *„Ausbildung“:*

22 AntragsstellerInnen weisen vorher ein Studium oder eine passende Aus-
23 bildung nach. Vor der Antragsstellung sollen Kurse verpflichtend einge-
24 führt werden. Die Auseinandersetzung mit Themen wie Gesetzeskunde,
25 Praxisführung, spezifische heilkundliche Belange und den Unterschied
26 zwischen Alternativmedizin und evidenzbasierte Medizin soll in standar-
27 disierten Kursen verpflichtend sein. Diese Kurse sollen von staatlichen Insti-
28 tutionen angeboten werden. HeilpraktikerInnenschulen können auch Kurse
29 anbieten, wenn sie eine Zertifizierung vorweisen können und auch die
30 evidenzbasierte Medizin anerkennen.

31 *Übergangsphase:*

32 Für bereits praktizierende HeilpraktikerInnen gilt eine Übergangszeit von
33 zehn Jahren, um die oben genannten Zugangsvoraussetzungen und Prü-
34 fungen nachzuholen. In dieser Übergangsphase können sie jedoch wei-
35 terhin praktizieren. Danach erlischt die Ausübungserlaubnis automatisch,
36 soweit die Voraussetzungen nicht nachgeholt wurden. Die folgenden Ein-
37 schränkungen sollen aber schon in der Übergangszeit gelten.

38 *Schweigepflicht:*

39 HeilpraktikerInnen aller vier oben genannten Richtungen müssen in den §
40 203 StGB Abs. 1. Satz 1 mit hinzugefügt werden. Für sie soll ebenfalls
41 eine Schweigepflicht bestehen.

42 *Dokumentation und Behandlungsvertrag:*

1 HeilpraktikerInnen gehen mit PatientInnen einen Behandlungsvertrag ein.
2 Die Behandlungen müssen genauestens dokumentiert werden. Die Einsicht
3 in die Krankenakten ist auf Verlangen der PatientInnen zu gewähren, so-
4 wie die Anfertigung von Kopien.

5 *Einschränkung der Heilkunde:*

6 Aus der Trennung der „HeilpraktikerInnen“ ergibt sich eine Einschränkung
7 der Heilkunde. In die Novellierung des Gesetzes sollen nachfolgende
8 Einschränkungen der Heilkunde mit aufgeführt werden. Gesetze, die auch
9 vor der Novellierung des HeilprG beschränkten, bleiben weiter erhalten
10 und sollen in die Novellierung eingearbeitet werden. Zusätzlich gibt es
11 folgende Einschränkungen:

- 12 - Behandlung und Verordnung mit Chemikalien mit der Gefahren-
13 bezeichnung ätzend, gesundheitsschädlich, sehr giftig, hochent-
14 zündlich
- 15 - Invasive Untersuchungen, darunter fallen auch Blutabnahmen, In-
16 jektionen und Einläufe

17 Zusätzlich muss festgeschrieben werden, dass bei Behandlungen von gut-
18 und bösartigen Tumoren bei PatientInnen eine Konsultation und ein steter
19 Austausch mit der/dem HausärztIn der/des Patientin/en oder ei-
20 ner/einem Onkologin/en verpflichtend ist.

21 *Erhöhung der Qualität:*

- 22 - HeilpraktikerInnen behandeln PatientInnen, daher sollen gleiche
23 Hygienestandards wie in Arztpraxen herrschen. Die Einführung
24 eines Qualitätsmanagements wird Pflicht für alle HeilpraktikerIn-
25 nen.
- 26 - HeilpraktikerInnen, die jährlich Qualitätsindikatoren messen, jähr-
27 lich Qualitätsberichte veröffentlichen, interdisziplinär mit anderen
28 Nicht-HeilpraktikerInnengruppen zusammenarbeiten und bei der
29 Behandlung gute Ergebnisse vorweisen können, dürfen mit Kran-
30 kenkassen über Honorare verhandeln.
- 31 - Eine jährliche Weiterbildung soll Pflicht für alle HeilpraktikerInnen
32 werden. Orientierung liefert das ärztliche Weiterbildungssystem.
- 33 - HeilpraktikerInnen für Psychotherapie sollen sich halbjährlich einer
34 Supervision unterziehen.

35

36 *Kammern:*

37 Alle praktizierenden HeilpraktikerInnen müssen Mitglied einer Heilprakti-
38 kerInnenkammer sein. Diese Kammern sind auf Landesebene als Körper-
39 schaft des öffentlichen Rechts zu bilden und unterstehen der Rechtsaufsicht
40 des jeweiligen Gesundheitsministeriums. Die Kammern sind insbesondere
41 zuständig für die Überwachung der Berufsausübung der HeilpraktikerIn-
42 nen. Bei Nichteinhaltung gesetzlicher Pflichten sollen sie befugt sein,
43 Sanktionsmaßnahmen bis hin zur Entziehung der Zulassung auszuüben.

- 1 Des Weiteren sollen die Kammern durch Satzungen auf stetige Erhöhung
- 2 der Qualität der heilpraktischen Behandlung mitwirken.
- 3 angenommen abgelehnt überwiesen an